

Raketen, Russland, Rücksichtnahmen: Russland-Apologiek als Leitlinie deutscher Sicherheitspolitik?

Rühle, Michael

Veröffentlichungsversion / Published Version

Stellungnahme / comment

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Rühle, M. (2007). *Raketen, Russland, Rücksichtnahmen: Russland-Apologiek als Leitlinie deutscher Sicherheitspolitik?* (DGAP-Standpunkt). Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-130407>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Raketen, Russland, Rücksichtnahmen

Russland-Apologiek als Leitlinie deutscher Sicherheitspolitik?

Kürzlich erschien im Rahmen der DGAPstandpunkte der Beitrag von Frank Elbe und Ulrich Weisser über den »Raketenstreit«, der vornehmlich zwischen Russland und den USA ausgetragen wird, aber auch zu Unfrieden zwischen den europäischen NATO-Verbündeten führt. Die dort geäußerten Auffassungen unterzieht Michael Rühle, Senior Political Advisor in der Politischen Planungseinheit des NATO-Generalsekretärs, im Folgenden einer kritischen Prüfung.

Als der russische Präsident Wladimir Putin auf der diesjährigen Münchener Sicherheitskonferenz das amerikanische Vorhaben einer in Polen und Tschechien stationierten Raketenabwehr heftig kritisierte, trat er eine Debatte los, die die deutsche politische Klasse hoffnungslos überforderte. Dass die technischen Details und strategischen Hintergründe des amerikanischen Projekts in der Diskussion weitgehend auf der Strecke blieben, war noch das kleinste Übel; schließlich war man in Deutschland mit diesem Thema seit rund zwanzig Jahren nicht mehr konfrontiert worden. Weitaus schwerer wog jedoch die politische Hilflosigkeit, die man allenthalben demonstrierte. Keiner schien zu wissen, was nun zu tun war. Der Stoßseufzer eines Berliner Diplomaten, ihm sei plötzlich schmerzhaft bewusst geworden, dass sein intellektueller Fundus zum Thema Raketenabwehr noch aus den achtziger Jahren stammte, war offenkundig weit mehr als ein bloß persönliches Bekenntnis.

Die Bundeskanzlerin und ihr Verteidigungsminister bemühten sich, durch den frühen Hinweis auf die NATO und den NATO-Russland-Rat als geeignete Diskussionsforen diese strittige Materie von einer Frage der Substanz zu einer Frage des Prozesses zu machen und somit zu entschärfen. Der deutsche Außenminister und Teile seiner Partei setzten erwartungsgemäß etwas andere Akzente und suchten das für sie so fremde Thema mit Appellen an Abrüstung und kooperative Sicherheit zu bewältigen. Aber trotz mancher rhetorischer Unterschiede blieb auffällig, wie sehr sich die Bundesregierung um eine Entkrampfung der Lage bemühte.

Gelungen ist ihr dies nur bedingt. Denn durch die Rede Putins hatte das Thema von Anfang an einen so ausgeprägten Russland-Bezug erhalten, dass an eine wirkliche Normalisierung nicht zu denken war. Die russische Rhetorik tat ein Übriges, um jede Hoffnung auf eine Versachlichung des Themas im Keim zu ersticken. Russische Militärs stießen ebenso wilde wie widersprüchliche Drohungen gegen Polen oder ganz Europa aus und russische Diplomaten ließen alte, längst totgeglaubte Klischees von Europa als amerikanischem Schießplatz wieder aufleben. Mit seiner Entscheidung, den KSE-Vertrag vorläufig auszusetzen, legte Putin dann noch einmal nach. Unter Hinweis auf Versäumnisse der NATO-Staaten bei der Ratifizierung des Vertrages sowie den Aufbau amerikanischer Militärstützpunkte in Osteuropa ließ der russische Präsident verlauten, sein Land fühle sich nicht mehr an diesen Vertrag gebunden.

Vor diesem Hintergrund kann es kaum überraschen, dass die Diskussion über Sinn und Unsinn einer Raketenabwehr, die eigentlich eine Diskussion über die Konsequenzen der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen hätte sein müssen, inzwischen zu einer Debatte über den richtigen Umgang mit Russland geworden ist. Der Einwand, die konfrontative Rhetorik Putins sei in erster Linie Ausdruck des russischen Wahlkampfes und lasse folglich keine sicheren Schlüsse auf Russlands wahre Befindlichkeiten zu, verfängt deshalb kaum. Für diejenigen jedenfalls, die sich die russische Kritik an der westlichen Sicherheitspolitik zu eigen machen, bleibt der Hinweis auf Russlands wahlstrategisches Kalkül von untergeordneter Bedeutung.

Aus ihrer Sicht gefährdet das amerikanische Projekt die deutsch-russischen Beziehungen so nachhaltig, dass akuter Handlungsbedarf besteht.

Russland zuerst

Deutschland und Russland sind europäische Nachbarn, haben weit zurückreichende kulturelle Verbindungen und eine wechselvolle Geschichte. Zahlreiche politische und wirtschaftliche Interessen legen eine enge Zusammenarbeit nahe. Aus diesen Gründen gibt es keine nennenswerte politische Kraft in der Bundesrepublik, die einer konfrontativen, dezidiert antirussischen Politik das Wort redet. Doch der Grat zwischen strategisch begründbarer Rücksichtnahme auf Russland und undifferenzierter Apologetik ist schmal – auch und gerade in der Bundesrepublik. Die zentrale Rolle, die Moskau während des Kalten Krieges etwa bei deutsch-deutschen Fragen zukam, hat in Teilen der deutschen politischen Elite eine Denkschule befördert, die man, ohne beleidigend sein zu wollen, wohl am präzisesten als »Russia first« bezeichnen könnte. Diese Denkschule, angeführt von Egon Bahr, hat es nie leicht gehabt. Dafür war die realpolitisch begründete Forderung nach Berücksichtigung legitimer russischer Interessen allzu häufig verquickt mit plumpem Anti-amerikanismus. Und das von manchen Vertretern dieser Denkschule kultivierte romantisierende und idealisierte Russland-Bild lud den »Rapallo«-Vorwurf, die Beschwörung deutsch-russischer Gemeinsamkeiten sei im Kern sogar antiwestlich, geradezu ein.

Dass diese Denkschule auch nach dem Ende des Kalten Krieges und nach der deutschen Vereinigung noch immer existiert, und dass sie es nach wie vor nicht vermag, die Rücksichtnahme auf legitime russische Interessen einzuklagen, ohne dabei in undifferenzierte Apologetik abzugleiten, zeigt exemplarisch das Papier von Frank Elbe und Ulrich Weisser (DGAP-standpunkt, Nr. 5, Juni 2007). Die beiden ehemaligen Leiter der Planungsstäbe des Außen- bzw. des Verteidigungsministeriums nehmen den Streit um die amerikanischen Raketenabwehrpläne zum Anlaß für einen Rundumschlag gegen die westliche Sicherheitspolitik:

Das unausgereifte und potenziell gefährliche Raketenabwehrprojekt sei nur ein Beleg für eine fehlgeleitete Konfrontationspolitik gegenüber Russland; die USA und die NATO hätten Russland bereits in vielfacher Weise »hintergangen«. Moskau halte es für nicht akzeptabel, dass die USA »den europäischen Kontinent in ihr nationales Raketenabwehrprojekt einbeziehen«, bemühe sich jedoch, »hinsichtlich neuer Bedrohungen zu einer gemeinsamen Position mit dem Westen zu kommen – zu einem integrierten Ansatz im trilateralen Rahmen, der Russland, die EU und die USA einschließt«. Präsident Putin seien aufgrund des russischen Wahlkampfes politisch die Hände gebunden; seine »schärfere Gangart« dürfe den Westen jedoch nicht dazu verleiten, sich der Versuchung eines »Russia-bashing« hinzugeben.

Zurück in die achtziger Jahre

Angesichts des Frontalangriffs von Elbe und Weiser scheint die Frage nach Sinn oder Unsinn von Raketenabwehr schon fast nebensächlich. Doch sie ist es nicht. Denn schon bei der Behandlung dieser scheinbar technischen Materie offenbart sich die eigentümliche Mischung aus militärstrategischen Halbwahrheiten und Russland-Apologetik, die den gesamten Text kennzeichnet. Dies beginnt schon bei der Klage, die USA hätten durch ihre einseitige Aufkündigung der ABM-Vertrags »zwei fundamentale und bewährte Sicherheitsprinzipien«, nämlich das amerikanisch-russische strategische Gleichgewicht und das Prinzip der »gleichen Sicherheit«, ohne Not aufgegeben. Diese Argumentation verrät, wie sehr die Autoren vom strategischen Denken der achtziger und frühen neunziger Jahre – dem Höhepunkt ihrer eigenen beruflichen Wirkungszeit – geprägt sind. Wer so argumentiert, hat jedenfalls die letzten 15 Jahre Strategieentwicklung versäumt.

Der ABM-Vertrag von 1972 entstand auf dem Höhepunkt des amerikanisch-sowjetischen Bilateralismus; er war zugeschnitten auf eine bipolare Welt. Man sicherte sich wechselseitige Verwundbarkeit zu, um einen Offensiv-Defensiv-Wettlauf zu vermeiden. In der sich abzeichnenden multinuklearen Welt hat diese

Logik keinen Platz mehr. Die Forderung der Autoren, die USA sollten auf eine begrenzte Raketenabwehr gegen Drittstaaten verzichten, weil Russland sonst das bilaterale strategische Gleichgewicht mit den USA gefährdet sehe, zeigt allenfalls, wie perspektivlos die Autoren dem Ost-West-Paradigma verhaftet geblieben sind. Eine solcher Ansatz würde die USA (aber auch ihre Verbündeten weltweit) zu einer Geisel russischer Befindlichkeiten machen. Die Autoren scheinen dieses Dilemma zwar zu erkennen und wenden sich im Falle einer real existierenden Bedrohung sogar explizit gegen ein russisches Vetorecht in dieser Frage. Doch auch wenn sich Russland längerfristig mit dem Problem der Verbreitung von Nuklearwaffen und Trägersystemen konfrontiert sehen wird, so bleibt die Forderung nach einer gemeinsamen Bedrohungsanalyse unrealistisch. Allein die Tatsache, dass Russland den Iran seit Jahren mit Nukleartechnologie und Waffen beliefert, spricht Bände über die Chancen eines solchen Vorhabens.

Auch bei der Beschwörung der »gleichen Sicherheit« greifen die Autoren tief in die Nostalgiekiste. Denn auch dieses scheinbar unangreifbare Prinzip hat seine Tücken. Es ist ein politisches Konstrukt, das mit der militärischen Realität nie völlig übereinstimmte. Selbst während des Kalten Krieges gab es in der NATO zahlreiche Länder, die keine permanente Stationierung amerikanischer Truppen oder Nuklearwaffen zuließen. Auch die Unterschiede in Art und Umfang der militärischen Integration in Nord-, Mittel- und Südeuropa waren und bleiben beträchtlich. Das geografisch exponierte Deutschland war stets weniger »sicher« als die USA. Wenn gleichwohl niemand am Zusammenhalt der NATO zweifelte, dann deshalb, weil die Allianz eben nicht auf einer unerreichbaren »gleichen Sicherheit« beruht, sondern auf politischer und militärischer Solidarität.

Doch damit nicht genug. Auch die Feststellung, das amerikanische Raketenabwehrsystem – zehn nicht-nukleare Abfangraketen (!) – werde die russische Zweitschlagsfähigkeit »objektiv« beeinträchtigen, ist technisch wie politisch fragwürdig. Der Kontext für solche Aussagen – ein strategisch-nuklearer Schlagabtausch zwischen Russland und den USA – ist heute so

weit von der Realität entfernt, dass er nicht mehr zum bestimmenden Faktor bei der Bewertung von Raketenabwehrsystemen erhalten sollte. Selbst zahlreiche russische Militärexperten haben sich diese Argumentation nie zu eigen gemacht.

Die Kritik, Washington hätte es im Vorfeld der Stationierungsentscheidung versäumt, zu klären, »unter welchen Voraussetzungen der russische Präsident den Aufbau eines Raketenabwehrsystems hätte abnicken können«, mag berechtigt sein. Fest steht jedenfalls, dass die amerikanischen Pläne schon seit längerem Gegenstand von amerikanisch-russischen Gesprächen gewesen sind. Doch zu suggerieren, wie Elbe und Weisser dies tun, dass die USA »im vertraulichen Gespräch mit Putin« das Thema Raketenabwehr vorab hätten entschärfen können, widerspricht ihrer eigenen Analyse. Wenn es richtig ist, dass Putin nun den Hard-Linern in den eigenen Reihen entgegenkommen muss, dann war seine Position offenkundig nie stark genug, um ein wie auch immer geartetes Raketenabwehrsystem »abnicken« zu können.

Dolchstoßlegenden

Die Autoren sehen die russische Verärgerung als Teil einer ganzen Kette von Ereignissen, die Moskau frustriert hätten, allen voran der Erweiterungsprozess der NATO nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. Dass dieser Prozess für Russland höchst problematisch sein würde, und er folglich von einer kooperativen Russland-Politik begleitet werden musste, war allen Beteiligten – nicht nur Deutschland – von Anfang an bewusst. Das Ergebnis war die Gründung des Ständigen Gemeinsamen (NATO-Russland-) Rates im Sommer 1997, flankiert von politischen Erklärungen, keine Nuklearwaffen und substanziellen Kampfverbände auf dem Gebiet der neuen NATO-Mitglieder zu stationieren.

Elbes und Weissers Aussage, die NATO habe sich »an all diese Zusagen nicht gehalten«, ist schlicht infam. So suggerieren sie, die NATO habe ihr Versprechen, keine Nuklearwaffen auf dem Hoheitsgebiet der neuen

Mitglieder zu stationieren, gebrochen. Diese (falsche) Behauptung mag man einigen unglücklichen Formulierungen der beiden Autoren zuschreiben; ihre Aussagen zum KSE-Vertrag, den Russland inzwischen suspendiert hat, sind jedoch bewusst irreführend. Die NATO-Verbündeten haben ihre Ratifizierung des angepassten KSE-Vertrags nicht »mit fadenscheinigen Gründen« verzögert, sondern an spezifische Bedingungen geknüpft (u. a. der russische Abzug aus Georgien und Moldau), die Russland bisher nicht erfüllt hat. Ebenso falsch ist die Behauptung, die Einrichtung amerikanischer Stützpunkte in Bulgarien und Rumänien seien »vom KSE-Anpassungsvertrag kaum gedeckt«. Weder werden die amerikanischen Verbände dort dauerhaft stationiert, noch ist die Rotation kleinerer Verbände durch den »alten« KSE-Vertrag untersagt. Der angepasste Vertrag wird solche Rotationen sogar in noch größerem Maße erlauben.

Schließlich ist auch der Hinweis, zwischen den Verhandlungsparteien bei den »2+4«-Gesprächen habe ein »politischer Konsens« darüber bestanden, »dass es mit der Wiedervereinigung keine Ausdehnung von NATO-Strukturen in Richtung Sowjetunion geben würde«, irreführend. Diese Verhandlungen bezogen sich explizit auf Ostdeutschland. An eine NATO-Erweiterung nach Mittel- und Osteuropa dachte damals noch niemand. Das in den »2+4«-Verhandlungen etablierte Prinzip einer militärisch nichtprovokativen NATO-Ausweitung bleibt unverändert gültig, allerdings nicht dergestalt, dass es etwa in Tschechien oder Rumänien keinerlei NATO-Infrastruktur geben dürfe. Wenn die Autoren auch hier erneut russische Folklore unkritisch übernehmen, so machen sie sich der Geschichtsklitterung schuldig.

Elbe und Weisser kritisieren ferner, dass über den baltischen Staaten NATO-Kampflugzeuge den Luftraum kontrollierten, »obwohl es dort keinerlei Bedrohung gibt.« Über die Sinnhaftigkeit dieses Aktes demonstrativer Bündnissolidarität kann man trefflich streiten – vor allem dann, wenn man in Deutschland und nicht im Baltikum lebt. Man sollte aber nicht unerwähnt lassen, dass es sich bei diesem Arrangement um ganze vier (!) Flugzeuge handelt, die nach dem Rotationsprin-

zip von einzelnen Bündnismitgliedern gestellt werden. Für die Großmacht Russland mögen selbst diese wenigen Flugzeuge ein politisches Ärgernis darstellen; für die kleinen, historisch traumatisierten baltischen Staaten sind sie – zumindest gegenwärtig – der sichtbare Beleg für die kollektive Schutzverpflichtung der NATO.

Die »Russia first«-Logik der Autoren kann solche Argumente jedoch nicht gelten lassen. Denn für sie sind die Interessen der Nachbarn Russlands denen Moskaus nachgeordnet. Und nicht nur dies. Apodiktische Aussagen wie etwa die Behauptung, Polen komme für Russland als Stationierungsort für eine amerikanische Raketenabwehr »niemals in Frage«, sind nichts weniger als die Hinnahme einer neuen Form der Breschnew-Doktrin, nämlich ein Zustand der eingeschränkten Souveränität der Staaten Mittel- und Osteuropas. Dass sich zwei ehemalige Leiter Planungsstab, die an der deutschen Wiedervereinigung bzw. der NATO-Osterweiterung maßgeblich mitgewirkt haben, in diesem Sinne äußern, gibt zur Verwunderung Anlass.

Auffallend an der Argumentation von Elbe und Weisser ist nicht nur ihre uneingeschränkte Parteinahme für authentische oder jedenfalls als authentisch vermutete russische Belange. Ebenso auffällig für die Art der Argumentation ist die bewusste Weigerung, die innere Entwicklung Russlands zum Thema zu machen. Für Elbe und Weisser scheint bereits der bloße Hinweis auf Rückschritte im russischen Demokratisierungsprozess anstößig zu sein; wie für Präsident Putin ist auch für Elbe und Weisser jede Kritik an einem russischen Demokratiedefizit bereits Ausweis einer antirussischen Agenda und damit unzulässig.

Die Ausführungen zum Iran, die der Russland-Apologiek kaum nachstehen, sollen hier nicht umfassend kommentiert werden. Bemerkenswert ist allenfalls die eindeutige Annahme der Autoren, dass es dem ihrer Auffassung nach geopolitisch eingekreisten Iran – im Gegensatz zu allen öffentlichen Verlautbarungen aus Teheran – tatsächlich um Nuklearwaffen geht, und nicht ausschließlich um die friedliche Nutzung der Kernenergie. Wie vor diesem Hintergrund »feinfühlig

und ohne Vorbedingungen« verhandelt werden soll, bleibt das Geheimnis der beiden Verfasser.

So bemerkenswert wie der Inhalt der Analyse ist schließlich auch die Sprache, in der sie verfasst wurde. Über weite Strecken liest sich das Papier von Elbe und Weisser wie eine Stellungnahme des russischen Außenministeriums. Die Autoren erklären den russischen Standpunkt nicht nur, sie machen ihn sich vorbehaltlos zu eigen. Russische Aussagen werden grundsätzlich unkommentiert übernommen, amerikanische harsch kritisiert. Von einem ernsthaften Bemühen, zwischen legitimen russischen Belangen und politisch opportuner Zweckerhetik zu unterscheiden, ist nirgendwo etwas zu spüren. Eine solche Differenzierung aber wäre die Mindestvoraussetzung für eine wirklich seriöse Beschäftigung mit der Materie gewesen.

Fazit: Planer ohne Plan

Wenn die Ausführungen von Elbe und Weisser beim Leser einen schalen Nachgeschmack hinterlassen, so ist dies nicht allein Gerhard Schröders GASPROM-Beziehungen zu verdanken, die so manche plakativ prorussische Aussage in den Verdacht gebracht haben, einer »hidden agenda« zu dienen. Es ist vor allem der spezifische Hintergrund der beiden Autoren, der zu denken gibt. Planungsstäbe sind dazu da, ihren Ministern Handlungsoptionen zu präsentieren und

gegebenenfalls Empfehlungen auszusprechen. Doch welchen Rat erhält man von Elbe und Weisser? Außer dem lapidaren Hinweis, die Bundeskanzlerin habe mit ihrem Drängen, das heikle Thema Raketenabwehr in der NATO zu behandeln, den richtigen Weg beschritten, werden keine Perspektiven aufgezeigt. In furchtbarster Kommuniquésprache heißt es stattdessen: »Die USA und ihre Verbündeten müssen die Partnerschaft Russlands für die Abwehr von terroristischen Gefahren gewinnen und auf der Basis einer gemeinsamen Bedrohungsanalyse gemeinsam Modelle zur Erhöhung ihrer Sicherheit entwickeln.«

So folgt auf den fulminanten Rundumschlag nur ein schlichtes Seid-nett-zu-Russland. Dies alles, während die deutsche Presse inzwischen die anfängliche Russland-Verflechtungseuphorie der Bundesregierung hinterfragt; während Großbritannien zeigt, wie man Russland kritisch gegenübertritt, ohne dabei das Verhältnis im Grundsatz zu gefährden; und während Russland den Nordpol für sich reklamiert. Das alles wäre zum Lachen, wenn es nicht zum Weinen wäre.

* * *

Michael Rühle ist Leiter des Redenschreiber-Referats und Senior Political Advisor in der Politischen Planungseinheit des NATO-Generalsekretärs. Der Verfasser gibt ausschließlich seine persönliche Meinung wieder.